



Antragsmappe

4.Schüler:innenparlament

(Stand 05.05.2026)



Inhaltsverzeichnis

1. Sensibilisierungs- und Antisexismus-Workshops gegen Misogynie an Schulen
2. Landesfinanzierter Erste-Hilfe-Kurs für alle 11. Schulstufen
3. Gratis Top-Jugendticket für alle Wiener Schüler:innen
4. „Darf ich deine Haare anfassen?“
5. Sei eine Avocado!
6. Bringen wir Licht in die dunklen Schulfinanzen!
7. Inklusion durch Neurodiversität – Barrieren abbauen, Chancen sichern
8. Einführung eines Pfandsystems an Schulen
9. Unser Körper, ihr System
10. Gratis Mittagessen für alle
11. Verpflichtete Besuche zu Holocaust-Gedenkstätten
12. Reise des Lebens
13. Verpflichtende Rechts Schulungen für Lehrer:innen und Schulleiter:innen
14. Echter Klimaschutz in der Schule
15. Zusammen mehr bewegen.
16. Anonymisierte Korrektur in der Schule
17. Flucht ist kein Verbrechen – Bildung statt Ausgrenzung
18. Mitschreiben nach Wunsch
19. Die LSV ist es wert gehört zu werden!
20. Vereinheitlichung der Matura und Leistungsbeurteilung an österreichischen Schulen
21. Ethikunterricht für alle Schüler*innen der Oberstufe — und Beibehaltung des Religionsunterrichts
22. Respekt schafft Sicherheit und stärkt das Miteinander an Schulen
23. Schulsport an die Interessen der Schülerinnen und Schüler anpassen
24. Bildung über Finanzen: Eine Investition in die Zukunft
25. Zentralmatura zentral machen
26. SchülerInnen haben Rechte, aber auch Pflichten
27. Zivilcourage, sichere Anlaufstellen und Gewaltprävention – Für ein respektvolles und sicheres Schulklima
28. Gemeinschaft, die (Spitzen)Klasse ist!
29. Mehr Mitbestimmung an Schulen
30. Sprachvielfalt an Schulen
31. Geschichte gerecht gestalten
32. Abschlussarbeit zu teuer!
33. Modulares Schulsystem
34. Sinnvolle und moderne Handynutzung statt pauschaler Verbote in Oberstufen
35. 360° Feedback an Schulen
36. Gewährleistung politischer Vielfalt und Diskursfähigkeit in LSV-Projekten
37. Unterlassene Hilfeleistung – auch im Bildungssystem kein Ding der Unmöglichkeit!
38. Stimme mit Wissen!
39. Save Jugendcoaching!
40. Finanzbildung stärken
41. Lehrer:innen stärken – Qualität sichern
42. Zukunftsorientierung vor der Matura verbessern
43. Alltagsrecht verständlich machen
44. Eine bessere LSV
45. „Sinnvoll lernen statt Stoff überladen – für einen klaren Lehrplan“
46. Wir sehen ROT bei Rassismus
47. Erasmus vereinfachen und Klassenprogramme ermöglichen

1. Sensibilisierungs- und Antisexismus-Workshops gegen Misogynie an Schulen

Antrag von: Theresa Bröderbauer, Sigmund-Freud-Gymnasium
Mona Farahat, Ella-Lingens-Gymnasium
Alemina Dzelili, IBC Hetzendorf
Yara Alnahhas, AHS Knöllgasse
Ward Ramadan, AHS Anton-Krieger-Gasse
Mika Moser, ERG Donaustadt
Georg Lehinger, GRG7

Wir beantragen die Einführung verpflichtender Sensibilisierungs- und Antisexismus-Workshops für Schüler, die durch frauenfeindliches, sexistisches oder misogynies Verhalten auffallen, nach dem Vorbild Großbritanniens, wo solche Maßnahmen ab September 2026 umgesetzt werden sollen.

Diese Workshops sollen präventiv, pädagogisch und aufklärend wirken und nicht strafend, sondern bewusstseinsbildend gestaltet sein.

Forderungen:

- Einführung verpflichtender Sensibilisierungs- und Antisexismus-Workshops für Schüler, die wiederholt durch sexistisches, frauenfeindliches oder misogynies Verhalten auffallen
- Durchführung der Workshops durch extern geschulte Fachkräfte (z. B. aus Gleichstellungs-, Gewaltpräventions- oder Bildungsarbeit)
- Klare schulische Haltung gegen Frauenfeindlichkeit durch strukturelle, langfristige Maßnahmen statt einzelner Gespräche oder Ermahnungen

2. Landesfinanzierter Erste-Hilfe-Kurs für alle 11. Schulstufen

Antrag von: Mathias Schilling, RG/WRG Feldgasse 8
Liam Kronberger, VBS Schönborngasse

Erste Hilfe ist eine grundlegende Fähigkeit, die Leben retten kann. Der Zugang zu qualifizierten Erste-Hilfe-Kursen ist derzeit jedoch von Schule zu Schule unterschiedlich und stark von den jeweiligen Schulbudgets abhängig. Viele Bildungseinrichtungen können die Kosten nicht alleine tragen, wodurch ein zentraler Bestandteil der Gesundheits- und Sicherheitserziehung dem Zufall überlassen ist.

Derzeit müssen Jugendliche, die einen Führerschein erwerben wollen, privat etwa 75 € für einen Erste-Hilfe-Kurs bezahlen. Dies stellt eine finanzielle Belastung dar, insbesondere für Familien mit geringem Einkommen, für die der Erwerb eines Führerscheins sowieso schon eine große Hürde darstellt.

Ein verpflichtender Erste-Hilfe-Kurs auf Führerschein-Niveau in der 11. Schulstufe, finanziert durch das Land, würde diese Lücke schließen. Durch die schulische Durchführung können alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von finanziellen Einschränkungen erreicht werden.

Forderungen:

- Einführung eines verpflichtenden Erste-Hilfe-Führerscheinkurs für alle Schülerinnen und Schüler der 11. Schulstufe an allen Wiener Schulen.
- Übernahme aller Kosten verbunden mit dem Erste-Hilfe-Kurs durch das Land Wien.

3. Gratis Top-Jugendticket für alle Wiener Schüler:innen

Antrag von: Mona Farahat, Ella Lingens Gymnasium
Alemina Dzelili, IBC Hetzendorf

Schule ist Pflicht – also darf sie nichts kosten. Trotzdem müssen Schüler:innen jedes Jahr zahlen, nur um überhaupt zur Schule zu kommen. Öffis sind kein Luxus, sie sind Teil des Schulalltags. Wer sich das Ticket nicht leisten kann, wird benachteiligt. Das ist unfair.

Gleichzeitig stecken wir mitten in einer Klimakrise. Wenn Schüler:innen mit dem Auto gebracht werden müssen, entstehen unnötiger Verkehr und CO₂-Emissionen. Ein gratis Top-Jugendticket bedeutet: mehr Öffis, weniger Autos, bessere Luft. Wer jungen Menschen nachhaltige Mobilität ermöglicht, investiert in die Zukunft.

Ein kostenloses Ticket heißt auch Freiheit. Schüler:innen können selbstständig zur Schule fahren, Nachhilfe besuchen, an Freizeit- und Bildungsangeboten teilnehmen – ohne dass Geld eine Rolle spielt.

Kurz gesagt: Ein gratis Top-Jugendticket steht für Klimaschutz, Chancengerechtigkeit und echte kostenlose Bildung.

Forderungen:

- Das Top-Jugendticket soll allen Schüler:innen vollständig kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
- Das Ticket soll automatisch an alle Schüler:innen ausgegeben werden, ohne dass ein Antrag gestellt oder bürokratische Hürden überwunden werden müssen.

4. „Darf ich deine Haare anfassen?“

Antrag von: Amina-Fatou Bichler, Marianum
Romeo Batia, ZPC
Hannah Concin, Theresianum

Auch wenn wir längst im Jahr 2026 angekommen sind und man meinen könnte, dass Themen wie Toleranz, Gleichberechtigung und gegenseitiger Respekt längst selbstverständlich sein sollten, zeigt die Realität leider ein anderes Bild. Ein schulischer Alltag, der frei von Diskriminierung und Rassismus ist, ist für viele Schüler:innen noch immer keine Selbstverständlichkeit, sondern eher ein Ziel, das wir erst erreichen müssen.

Zwar sind die rechtlichen Grundlagen klar geregelt und Diskriminierung ist selbstverständlich nicht erlaubt, doch Gesetze allein reichen nicht aus. Gerade die Schule ist ein zentraler Ort der Sozialisation. Hier lernen junge Menschen nicht nur Mathematik, Sprachen oder Naturwissenschaften, sondern auch, wie Zusammenleben funktioniert, wie man miteinander umgeht und welche Werte eine Gesellschaft tragen. Umso wichtiger ist es, dass genau hier ein starkes Bewusstsein für Vielfalt, Respekt und Gleichberechtigung geschaffen wird.

In der Praxis erleben viele Schüler:innen jedoch immer noch Situationen, in denen sie auf ihre Herkunft, ihr Aussehen oder andere äußere Merkmale reduziert werden. Solche Aussagen und Verhaltensweisen treten vor allem – aber nicht ausschließlich – innerhalb der Schüler:innenschaft auf. Auch im Lehrkörper ist dieses Thema noch nicht ausreichend aufgearbeitet. Latente Vorurteile und unbewusste Diskriminierung sind vielerorts nach wie vor präsent und werden oft nicht ausreichend reflektiert oder thematisiert.

Das darf nicht der Anspruch an unser Bildungssystem sein. Schule sollte ein sicherer Ort sein, an dem sich alle Schüler:innen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Aussehen oder ihrer Identität akzeptiert und respektiert fühlen können. Ein Ort, an dem Vielfalt nicht nur toleriert, sondern als Bereicherung verstanden wird.

Deshalb braucht es mehr als nur gesetzliche Regelungen: Es braucht gezielte Sensibilisierung, offene Gespräche, verpflichtende Auseinandersetzung mit diesen Themen und den klaren Willen, aktiv gegen Diskriminierung vorzugehen. Nur so können wir ein Umfeld schaffen, das wirklich inklusiv ist.

Denn eines ist klar: Das ist nicht die Schule, die wir verdienen. Wir verdienen mehr. Wir verdienen eine Schule, die von Respekt geprägt ist. Eine Schule ohne Rassismus und ohne Diskriminierung.

4. „Darf ich deine Haare anfassen?“

Antrag von: Amina-Fatou Bichler, Marianum
Romeo Batia, ZPC
Hannah Concin, Theresianum

Forderungen:

- Wir fordern mehr Beihilfe des Landes für Schulen beim Planen und Veranstellen von Workshops, Seminaren oder Events, welche mehr Diversität, aber vor allem Toleranz und ein freies Miteinander für alle fördern.
- Wir fordern gezielte Aufklärung über Diskriminierung in Schulen, um einen respektvollen Umgang miteinander zu fördern.
- Wir fordern, dass Lehrpersonen das kritische Denken der Schüler:innen fördern und unterstützen.
- Wir fordern, dass in der Schule eine Kulturoffenheit gefördert wird durch Aufklärungsarbeit in Unterrichtsgegenständen wie zB. Geschichte und Politische Bildung, Ethik oder Religion

5. Sei eine Avocado!

Antrag von: Boris Andreev, Theresianum
Saskia Baig, Amerlinggymnasium
Anselm Ginthör Weinwurm, Wenzgasse

Avocados sind perfekt, wenn sie mittelreif und aus Zentralamerika sind. Genauso wichtig wie eine zentrale mittlere Reife. Doch was ist es, was man braucht für das Leben nach der Schule? Am Ende der Pflichtschule sollen wirklich jede und jeder die grundlegenden Werkzeuge für ein mündiges Leben und für eine vertiefende Bildung erhalten haben. Doch wie kann man sicher gehen, dass das der Fall ist? Das Ende der Schulpflicht sowie der Besuch einer Oberstufe sollten an die Vorweisung einer positiv abgeschlossenen zentralen mittleren Reife geknüpft werden. Um aber niemanden sein Leben lang in die Schule zu zwingen, läuft die Schulpflicht auf jeden Fall mit dem 18. Geburtstag aus. Die zentrale mittlere Reife soll keine Mini-Matura sein, sondern möglichst die Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler abprüfen. Es braucht keine große theoretische Prüfung sein, sondern eine integrierte Überprüfung von grundlegender Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz. Zusätzlich sollte auch eine grundlegende Kenntnis der englischen Sprache, und die Fähigkeit, politische Institutionen und wirtschaftliche Instrumente zu identifizieren, abgefragt werden. Dennoch soll absolute Zentralität, sowohl in der Aufgabenstellung als auch in der Korrektur, gewährleistet sein.

Forderungen:

- Einführung der zentralen mittleren Reife am Ende der Schulpflicht



6. Bringen wir Licht in die dunklen Schulfinanzen!

Antrag von: Anselm Ginthör Weinwurm, Wenzgasse
Alisa Gradiscevic, Ergasse
Mateo Glavic, AHS Wien West

Ein Machthabender verfügt allein über das ganze Geld seiner Institution. Niemand kontrolliert ihn. Er allein entscheidet, wer, was und wie viel bekommt. Das klingt nach zu viel Macht mit zu wenig Kontrolle? An vielen Wiener Schulen ist es leider Realität.

Der Direktor oder die Direktorin verfügt allein über das Budget und ist nicht verpflichtet, anderen Personen Einsicht zu gewähren. Dies ist der perfekte Boden für Missbrauch.

Alle Schüler:innen und Lehrer:innen sollten das Recht haben, zu sehen, wohin das Geld der Schule fließt. Deshalb erachten wir es als essenziell, dass die Buchführung der Schule, unter Wahrung aller Persönlichkeitsrechte, offengelegt werden muss. Und seien wir uns ehrlich: Wem könnte das wirklich schaden?

Forderungen:

- Wir fordern, dass es allen Schüler:innen das ganze Jahr über möglich ist, das Schulbudget einzusehen und nachzuverfolgen, wohin und wieviel investiert wurde. Des Weiteren soll das Schuljahres- Budget der vorläufigen Freigabe durch den SGA unterliegen.



7. Inklusion durch Neurodiversität – Barrieren abbauen, Chancen sichern

Antrag von: Theresa Bröderbauer, Sigmund-Freud-Gymnasium
Mona Farahat, Ella-Lingens-Gymnasium
Alemina Dzelili, IBC Hetzendorf
Yara Alnahhas, AHS Knöllgasse
Ward Ramadan, AHS Anton-Krieger-Gasse
Mika Moser, ERG Donaustadt
Georg Lehinger, GRG7

Das aktuelle Schulsystem stellt für neurodivergente Schüler:innen (z. B. mit Legasthenie, ADHS oder Autismus) oft eine unüberwindbare Hürde dar. Mangelnde Unterstützung führt dazu, dass Bildungserfolg oft vom Einkommen der Eltern abhängt. Dieser Antrag fordert einen massiven Ausbau kostenloser Förderangebote, die Einführung barrierefreier Lernmaterialien nach dem Prinzip des Universal Design for Learning (UDL) sowie die Schaffung eines sensibilisierten, reizarmen Schulumfelds, um echte Chancengerechtigkeit für alle Gehirne zu gewährleisten.

Forderungen:

- Massiver Ausbau und kostenlose Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Legasthenie-Förderstunden direkt an den Schulstandorten, um soziale Benachteiligung zu beenden.
- Verbindliche Einführung barrierefreier Materialien (z. B. serifenlose Schriften, UDL-Prinzipien) und Schaffung von Rückzugsorten (Ruheräume) zur Vermeidung von Reizüberflutung.
- Sensibilisierung und Klima-Stärkung durch verpflichtende Workshops für Lehrkräfte und Schüler:innen sowie die stärkere Berücksichtigung individueller Bedürfnisse bei der Leistungsbeurteilung.

8. Einführung eines Pfandsystems an Schulen

Antrag von: Georg Lehninger, GRG7 Kandlgasse

Die Schule soll ein Ort des Lernens und Wohlfühlens sein, doch immer häufiger werden Klassenzimmer und Gänge von Müllbergen geprägt. Besonders Plastikflaschen werden oft unsachgemäß entsorgt, landen neben überfüllten Mistkübeln oder verstopfen Abflüsse, weil Schüler_innen nicht wissen, wohin damit. Gleichzeitig werden wir mit der Frage, wie Müll richtig vermieden und getrennt werden kann, viel zu oft alleingelassen. Wenn wir Nachhaltigkeit ernst nehmen, müssen Müllvermeidung, Recycling und Umweltbewusstsein im Schulalltag aktiv gestärkt werden.

Ein Pfandsystem kann dabei ein einfacher, aber wirkungsvoller Schritt sein: In der Schule werden dafür spezielle Sammelbehälter aufgestellt, in denen Pfandflaschen über einen bestimmten Zeitraum gesammelt werden. Der daraus entstehende Erlös soll den Schüler:innen zugutekommen, zum Beispiel über die Klassenkassa oder für Projekte, Ausflüge oder gemeinschaftliche Anschaffungen verwendet werden. So entsteht eine direkte Motivation, sich am Recycling zu beteiligen, und gleichzeitig eine zusätzliche Einnahmequelle für schulische Vorhaben.

Begleitend sollen Informationskampagnen, Projekttag oder Workshops organisiert werden, um Müllvermeidung und Recycling stärker in den Schulalltag zu integrieren. Die Schüler:innenvertretung soll aktiv in Planung und Organisation eingebunden werden, damit das System an die jeweiligen Gegebenheiten der Schule angepasst werden kann. So schaffen wir nachhaltige Strukturen, weniger Müll und ein stärkeres Bewusstsein für Recycling und Wiederverwertung.

Forderungen:

- Einführung eines Pfandsystems an Schulen



9. Unser Körper, ihr System

Antrag von: Mona Farahat, Ella Lingens Gymnasium

Theresa Bröderbauer, Sigmund Freud Gymnasium

Medizin rettet Leben – doch sie ist bis heute stark am männlichen Körper als Norm orientiert.

Genau hier liegt das Problem: Viele Symptome, die vor allem Frauen betreffen, sind in der Gesellschaft weniger bekannt.

Beim Herzinfarkt denken die meisten an starke Brustschmerzen. Dass Frauen häufig andere Symptome zeigen – etwa Übelkeit, Erschöpfung oder Rückenschmerzen – ist vielen nicht bewusst. Dadurch werden diese Anzeichen im Umfeld oft unterschätzt oder falsch eingeordnet. Im Ernstfall kann genau das wertvolle Zeit kosten. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei ADHS: Das „typische“ Krankheitsbild gilt als laut, impulsiv und auffällig. Mädchen zeigen jedoch oft ruhigere oder weniger sichtbare Symptome. Deshalb wird ADHS bei ihnen seltener erkannt und häufig spät oder gar nicht behandelt.

Die Folgen sind gravierend: Späte oder ausbleibende Diagnosen führen zu verschlechterten Beschwerden, fehlender Unterstützung sowie langfristigen Belastungen in Schule, Ausbildung und Alltag.

Dieses Problem betrifft nicht nur einzelne Krankheitsbilder, sondern zieht sich durch weite Teile der medizinischen Wahrnehmung, bleibt jedoch im gesellschaftlichen Bewusstsein oft unterrepräsentiert. Im Biologieunterricht wird der menschliche Körper meist als einheitliches System dargestellt. Dass medizinische Standards historisch stark am männlichen Körper orientiert sind und sich medizinische Erkenntnisse laufend weiterentwickeln, wird dabei kaum behandelt.

Unser Körper ist nicht das Problem. Das Problem ist ein System, das noch nicht alle Unterschiede ausreichend berücksichtigt.

Und genau das muss sich ändern.

Forderungen:

- Geschlechtersensible Medizin soll anhand konkreter Beispiele (z. B. Herzinfarkt) im Biologieunterricht behandelt werden.
- Schulbücher sollen an aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und medizinische Entwicklungen angepasst werden.
- Lehrkräfte müssen entsprechend geschult und fortgebildet werden.

10. Gratis Mittagessen für alle

Antrag von: Philipp Nikodemus, VBS Floridsdorf

Schule sollte ein Ort sein, an dem jeder und jede unabhängig von den finanziellen Kapazitäten der Eltern die gleiche Fürsorge und Versorgung erhält. Schule darf kein Ort sein, dessen Besuch mit Kosten einhergeht. Doch das ist leider immer noch nicht so. Es fallen ständig Kosten an, oft bleibt das jedoch unbemerkt oder wird als Selbstverständlichkeit und nicht veränderbare Tatsache hingenommen. Ein Beispiel für solche Kostenverursacher ist das Mittagessen in der Schule. Wer in der Schule eine warme Mahlzeit erhalten will, muss dafür zahlen. Besonders im Falle von häufigem Nachmittagsunterricht ist diese warme Mahlzeit jedoch essenziell, denn nach einem fordernden langen Vormittag ist nichts besser als eine warme Speise, bevor man in den mindestens genauso anspruchsvollen Nachmittag startet.

Keinem Kind sollte diese Möglichkeit auf ein Mittagessen genommen werden, weil es sich die Eltern nicht leisten können.

Während Millionenerbinnen weiterhin unbesteuert sind, müssen Kinder in österreichischen Schulen aufgrund von nicht vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten auf eine warme Mahlzeit verzichten. Reichtum ist in Österreich ungerecht verteilt, diese Problematik ist nur ein Symptom der ungerechten Verteilung.

Forderungen:

- Flächendeckend gratis Mittagessen an allen öffentlichen Schulen in Österreich



11. Verpflichtete Besuche zu Holocaust-Gedenkstätten

Antrag von: Georg Lehninger, GRG7 Kandlgasse
Lemis Karagüzel, Waltergasse

Du gehst wie jeden Tag zur Schule. Auf dem Weg in die Klasse entdeckst du es, eine Hackenkreuz Schmiererei. Am Nachmittag rufen irgendwelche Unterstufen-Schüler:innen "Ausländer Raus! Ausländer Raus!", weil sie es irgendwie auf Social Media gehört haben. Das ist nur ein Symptom, nicht die Krankheit. Die Krankheit ist, dass unsere Gesellschaft verlernt hat, wie man sensibel mit dem Thema Holocaust umgeht. Der Einsatz am Peršmanhof diesen Sommer hat die Frage aufgeworfen, ob der Staat wirklich so mit Gedenkstätten umgehen soll. Wollen wir das? Jedes gesellschaftliche Problem trifft die Schule zuerst.

Wir Schülern wollen nicht, dass sich die Vergangenheit wiederholt. Um diese Krankheit zu bekämpfen, fordern wir konkret, dass Schulen in einem Jahrgang Reisen und Besuche zu KZ-Gedenkstätten, Holocaust Mahnmale und vergleichbaren Orten organisieren. Es ist notwendig Schulen dazu zu verpflichten, da die Organisation einer solchen Reise von der Motivation gewisser Lehrkräfte abhängt. In der Steiermark plant die Landesregierung mit dem zuständigen Landesrat Stefan Hermann, Schulen zur Organisation von Ski-Kursen zu verpflichten. Diese Auffassung von „Verpflichtung“, sollte ebenso für den Besuch von Holocaust-Gedenkstätten gelten. Was ist wichtiger – ein Ski-Kurs oder das Gedenken an zick Millionen Opfer des Nationalsozialismus? Diese existierende Kluft, soll mit der Umsetzung dieses Antrags ausgeglichen werden.

Forderungen:

- Schulen zu verpflichten für einem Jahrgang reisen zu Holocaust-Gedenkstätten organisieren.



12. Reise des Lebens

Antrag von: Yara Alnahhas (pRG 11)
Rais Barghoud (Maygasse)

In der Schule lernen wir Mathematik, Sprachen oder Geschichte - aber was ist mit den Dingen, die uns wirklich auf das Leben vorbereiten? Viele junge Menschen verlassen die Schule, ohne zu wissen, wie man einen Lebenslauf verfasst oder in medizinischen Notfällen handeln muss.

„Reise des Lebens“ steht für ein Bildungssystem, das Schüler_innen nicht nur theoretisches Wissen vermittelt, sondern sie auch praktisch und persönlich stärkt. Denn Kompetenzen wie Selbstbewusstsein, Teamarbeit, Kreativität oder Verantwortungsbewusstsein sind entscheidend für unsere Zukunft - ganz egal, welchen Weg wir später einschlagen.

Deshalb brauchen wir eine Schule, die mehr lehrt als nur Theorie - eine Schule, die uns befähigt, eigenständig und selbstbewusst ins Leben zu starten. Durch praxisnahe Inhalte und persönliche Forderung können wir junge Menschen wirklich stark machen - für den Alltag, den Beruf und alles, was danach kommt.

Forderungen:

- Workshops zu Eventmanagement und Persönlichkeitsentwicklung
- Verpflichtende Umsetzung von Erste-Hilfe-Kursen an allen Schulen der Sekundarstufe II
- Einführung des Fachs Berufsorientierung für ein Semester in der Oberstufe



13. Verpflichtende Rechts Schulungen für Lehrer: innen und Schulleiter: innen

Antrag von: Georg Lehninger, GRG7 Kandlgasse
Alemina DZELILI, IBC Hetzendorf
Hannes Adelalure, HLW19

Jeder hat das sicher schon einmal in der Schule erlebt: Lehrkräfte oder Schulleitungen tun etwas, das sie eigentlich nicht dürfen beziehungsweise was nicht in ihren Kompetenzbereich fällt. Dazu gehören unfaire Benotungen, eine nicht korrekte Durchführung von Schulsprecherwahlen oder auch, dass der SGA an manchen Schulen in Bereichen übergangen wird, für die er zuständig ist. An manchen Schulen kommt es sogar vor, dass Schüler:innen für Schulbücher bezahlen müssen, seitens der Lehrpersonen, obwohl dies laut Schulunterrichtsgesetz nicht vorgesehen beziehungsweise verboten ist. Vereinzelt das Kopftücher von Schülerinnen über 14 Jahren teils anstandslos und würdelos nach Schummel Möglichkeiten durchsucht. Diese Einzelfälle sind Bestandteil von immer wieder stattfindenden Kompetenzüberschreitungen von Lehrkräften. Hinzu kommt, dass wir Schüler:innen oft nicht selbst unsere Rechte verteidigen können, weil uns entsprechende Inhalte nicht vermittelt werden – teilweise auch deshalb, weil Lehrkräfte selbst nicht ausreichend darüber Bescheid wissen und es auch nicht Teil des Lehrplans ist. Was uns Schülerinnen aber ideal für die Zukunft vorbereiten würde.

Zusätzlich tragen auch Lehrkräfte, die Schulleitung und das Schulpersonal zu einer angstfreien Schule bei. Es reicht nicht aus, lediglich für Diskriminierung und Rassismus zu sensibilisieren, sondern man muss ihnen auch deutlich machen, was sie rechtlich dürfen und was nicht, um Überschreitungen und unsensibles Verhalten zu verhindern. Nur so kann Rassismus und Diskriminierung langfristig aus dem Schulgebäude verschwinden.

Auch wir Schüler:innen können uns nicht verhalten, wie wir wollen, sondern haben laut Gesetz Rechte und Pflichten, die wir wahrnehmen müssen und nicht überschreiten dürfen. Das gilt für Lehrkräfte, Schulleitungen und das Schulpersonal ebenso. Daher sind Schulungen für Lehrkräfte, Schulleitungen und das Schulpersonal notwendig, in denen sie verstärkt auf ihre Rechte, aber auch auf ihre Pflichten gemäß Schulunterrichtsgesetz und Schulorganisationsgesetz sensibilisiert werden.

So können Überschreitungen verhindert, das Schulklima verbessert und in weiterer Folge auch uns Schüler:innen klar und verständlich vermittelt werden, welche Rechte und Pflichten wir haben. Denn eine angstfreie Schule kann nur gemeinsam durch ein Gleichgewicht zwischen Schülerinnen gelingen!

Forderungen:

- Verpflichtende Rechts Schulungen für Lehrer: innen und Schulleiter: innen
- Rechts Aufklärung für Schülerinnen als Bestandteil des Unterrichts der Sekundarstufe zwei



14. Echter Klimaschutz in der Schule

Antrag von: Saskia Baig, Amerlinggymnasium
Mateo Glavic, AHS Wien West
Boris Andreev, Theresianum

Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit – und sie ist längst Realität. Klar ist: Ohne rasche und konsequente Maßnahmen werden die Folgen für uns alle spürbar und schwerwiegend sein. Deshalb müssen wir jetzt handeln.

Auch wir als Schüler:innen können und müssen unseren Beitrag leisten – vor allem dort, wo wir täglich sind: in der Schule. Denn auch im Bildungssystem gibt es großen Aufholbedarf. Es geht darum, Ressourcen effizienter zu nutzen und den CO₂-Fußabdruck von Schulen nachhaltig zu senken.

Dabei ist entscheidend, wie wir Veränderung erreichen. Reine Verbote von oben greifen zu kurz. Was es braucht, sind Motivation, Eigeninitiative und Lösungen, die an den jeweiligen Schulstandort angepasst sind. Deshalb setzen wir auf Anreize statt auf Zwang: Der CO₂-Fußabdruck von Schulen soll regelmäßig erhoben werden. Schulen, die ihre Emissionen besonders erfolgreich reduzieren, sollen dafür belohnt werden. So entsteht ein fairer Wettbewerb um die besten und wirksamsten Ideen.

Gleichzeitig dürfen wir jene Schulen nicht allein lassen, die vor größeren Herausforderungen stehen. Sie sollen gezielte Unterstützung durch Expert:innen erhalten, um konkrete und umsetzbare Klimaschutzpläne zu entwickeln.

Darüber hinaus braucht es strukturelle Veränderungen: Neue Schulgebäude müssen höchsten ökologischen Standards entsprechen. Der Schulweg sollte möglichst klimafreundlich sein – durch einen starken öffentlichen Verkehr, sichere Radwege und gute Infrastruktur. Initiativen wie das Klimaticket sind wichtige Schritte, müssen aber weiter ausgebaut werden.

Und schließlich beginnt echter Klimaschutz auch bei Bildung: Direktionen brauchen das nötige Wissen, um Maßnahmen umzusetzen, und Schüler:innen sollen die Möglichkeit haben, sich aktiv einzubringen und klimafreundliche Projekte mitzugestalten.

Denn klar ist: Eine klimafreundliche Schule entsteht nicht durch Druck, sondern durch gemeinsame Verantwortung, gute Ideen und echte Unterstützung.

Forderungen:

- Belohnungssystem für die Ökologisierung von Schulen: Jährliche Erhebung des CO₂-Fußabdrucks aller Schulen. Jedes Jahr soll der CO₂-Fußabdruck aller Schulen erhoben werden, und die Schulen mit der größten Verbesserung im Vergleich zum Vorjahr werden vom Bildungsministerium belohnt. Die 10% der Schulen mit den größten Problemen sollen gezielte Experten-Unterstützung bekommen.
- Höchste ökologische Standards beim Neubau von Schulen und Berücksichtigung von vorhandener Bahninfrastruktur, sowie Schaffung guter öffentlicher Anbindung.
- Wir fordern, dass beim Neubau von Schulen höchste ökologische Standards eingehalten werden. Zugleich muss auch dafür gesorgt werden, dass die Bahninfrastruktur zu Schulen ausgebaut wird.
- Ausbildungsoffensive für Direktionen und Schüler:innenvertretungen zur Senkung von Emissionen und stärkere Behandlung des Klimawandels im Lehrplan.

15. Zusammen mehr bewegen.

Antrag von: Alisa Gradiscevic, Erlgasse

Filip Glück, Tourismus Schulen Modul

Diego Wintesperger, Tourismus Schulen Modul

Die Landesschüler:innenvertretung ist weit mehr als nur ein Gremium - sie ist eine echte Chance. Eine Chance für uns Schüler:innen, aktiv an der Gestaltung unseres Schulsystems mitzuwirken, Missstände aufzuzeigen und Verbesserungen voranzutreiben. Diese Möglichkeit sollten wir nicht nur wahrnehmen, sondern auch verantwortungsvoll nutzen.

Gerade die LSV-Wien trägt dabei eine besonders große Verantwortung. Sie vertritt über 260.000 Schüler:innen und ist damit eine der wichtigsten Stimmen für junge Menschen in unserer Stadt. Dieser Aufgabe gerecht zu werden erfordert Engagement, Verantwortungsbewusstsein und vor allem Integrität.

Eine starke LSV braucht klare Grundwerte: Transparenz, Gerechtigkeit und Fairness. Diese Prinzipien müssen nicht nur in der täglichen Arbeit sichtbar sein, sondern beginnen bereits beim Wahlprozess selbst. Denn ein glaubwürdiges Ergebnis kann es nur geben, wenn auch der Weg dorthin fair gestaltet ist.

Es darf daher nicht passieren, dass einzelne Organisationen die LSV – unsere gesetzlich verankerte, überschulische Vertretung – für eigene Zwecke instrumentalisieren oder für ihren Wahlkampf missbrauchen. Das untergräbt nicht nur das Vertrauen innerhalb der LSV, sondern ist auch gegenüber allen Schüler:innen Wiens respektlos, deren Interessen hier vertreten werden sollen.

Wenn wir eine starke und glaubwürdige Schüler:innenvertretung wollen, müssen wir gemeinsam darauf achten, dass diese Werte eingehalten werden. Transparenz schafft Vertrauen. Gerechtigkeit sorgt für fairere Voraussetzungen. Und Fairness ist die Grundlage für ein respektvolles Miteinander.

Deshalb ist klar: Wir brauchen eine LSV, die diese Werte lebt und einen Wahlkampf, der ihnen gerecht wird.

Forderungen:

- Wir fordern, dass in jedes Referat der LSV-Wien Mandatar:innen aus mindestens 2 Schüler:innenorganisationen aufgenommen werden müssen.
- Wir fordern, dass ins Wahltagkoordinationsreferat alle in der LSV vertretene Organisationen aufgenommen werden.
- Wir fordern die gemeinsame Koordination des LSV-Wahltagablaufes durch ein von der LSV ins Leben gerufene Komitee, dessen Mitglieder je 2 Personen aller wahlwerbenden Schüler:innenorganisationen/Kandidat:innenteams sind. Die per Mehrheitsbeschluss gefällten Entscheidungen dieses Komitees sind von der LSV, sofern sie nicht gegen Richtlinien der LPD sowie der BDW verstoßen, umzusetzen.
- Wir fordern, dass die LSV sich für ein konstantes, oder jährlich wiederkehrendes Fairnessabkommen zwischen den Organisationen einsetzt, um ein faires Miteinander und einen fairen Wahlkampf zu gewährleisten.

16. Anonymisierte Korrektur in der Schule

Antrag von: Ivan Ivanov, Theresianum
Anselm Ginthör Weinwurm, Wenzgasse
Amina-Fatou Bichler, Marianum

Zurzeit befinden sich Lehrer:innen in einer Doppelfunktion, bestehend aus Mentor:in und Lektor:in, die inkompatibel und in sich unvereinbar ist. Durch die Diskrepanz der geforderten Rollen, ergibt sich eine unzureichende Ausführung beider und in Folge Arbeitsineffizienz. Daher fordern wir die Trennung der belehrenden und korrigierenden Rolle und setzen uns für anonymisierte Korrekturen durch eine dritte Lehrkraft ein. So schaffen wir es eine Ansprechperson für die Schüler:innen zu schaffen, die sie nicht zeitgleich benotet, womit das Verhältnis zielgerichtet der Funktion von Lehrer:innen entspricht und eine vertrauliche und offene Atmosphäre schafft. Dies hat nicht nur positive Auswirkungen auf das zwischenmenschliche Verhältnis, sondern auch auf die Klassen- und Schulatmosphäre

Forderungen:

- Daher fordern wir, dass jegliche Leistungsbeurteilungen von einer anonymen Lehrkraft korrigiert werden, welche nicht in Kontakt mit dem jeweiligen Schüler/ der jeweiligen Schülerin steht.

17. Flucht ist kein Verbrechen – Bildung statt Ausgrenzung

Antrag von: Fabian Beltinger, VBS Akademiestraße

Millionen Menschen weltweit sind gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Krieg, Verfolgung und Perspektivlosigkeit lassen ihnen oft keine andere Wahl. Auch in Europa suchen viele Schutz – doch anstatt Unterstützung zu erfahren, werden sie häufig mit Vorurteilen, politischer Instrumentalisierung und gesellschaftlicher Ablehnung konfrontiert.

Diese Entwicklung zeigt sich auch im schulischen Umfeld. Fehlendes Wissen über Fluchtursachen und die Lebensrealität geflüchteter Menschen führt zu Unsicherheit, Distanz und teilweise sogar Ausgrenzung. Gleichzeitig bleibt ein enormes Potenzial ungenutzt: Bildung als Schlüssel zur Integration, zum gegenseitigen Verständnis und zur langfristigen gesellschaftlichen Stabilität.

Statt immer wieder über Migration zu diskutieren, ohne konkrete Lösungen umzusetzen, braucht es einen Perspektivenwechsel. Schulen müssen aktiv dazu beitragen, Integration zu ermöglichen. Nicht nur durch Theorie, sondern durch konkrete Maßnahmen im Alltag.

Bildung ist dabei der entscheidende Faktor. Sie ermöglicht Teilhabe, schafft Chancen und reduziert langfristig soziale Spannungen. Wer Zugang zu Bildung hat, kann sich einbringen, entwickeln und Teil der Gesellschaft werden.

Wenn wir Integration ernst nehmen, müssen wir bei der Bildung anfangen.

Forderungen:

- gezielte Bildungsförderung für geflüchtete Schüler:innen durch Sprachförderung und individuelle Unterstützung
- integrative Schulprojekte für gemeinsames Lernen von Schüler:innen mit und ohne Fluchterfahrung
- mehr Ressourcen für Schulen mit hohem Anteil an geflüchteten Schüler:innen
- bessere Ausbildung von Lehrkräften im Umgang mit sprachlicher und kultureller Vielfalt
- Förderung von Chancengerechtigkeit im Bildungssystem, unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus

18. Mitschreiben nach Wunsch

Antrag von: Nour Alsalama, Hagenmüllergasse

Wir alle kennen dieses Phänomen. Der Lehrer bzw. die Lehrerin fordert uns auf etwas mitzuschreiben und wir schreiben es brav auf einem Zettel auf und dieser verschwindet nach dem Unterricht für immer. Daher fordere ich den Schülerinnen und Schüler die Wahl zwischen digitalen und analogen Aufzeichnungsmethoden zu ermöglichen. Diese Entscheidung bietet viele Vorteile, die unsere schulische Erfahrung bereichern können.

Die individuellen Lernpräferenzen der Schüler:innen sollten berücksichtigt werden, denn nur man selbst weiß, wie man am effizientesten lernt. Einige ziehen es vor, digitale Geräte wie Laptops oder Tablets für Mitschriften zu verwenden, während andere die traditionelle Methode mit Stift und Papier bevorzugen. Die Möglichkeit der Wahl würde sicherstellen, dass nach den eigenen individuellen Bedürfnissen gelernt werden kann.

Digitale Mitschriften können dazu beitragen, den Lernprozess zu organisieren und zu optimieren. Die Suchfunktionen und die leichte Zugänglichkeit von digitalen Notizen würden den Lernprozess effizienter gestalten. Die Option zur digitalen Mitschrift kann auch Schüler:innen mit besonderen Bedürfnissen unterstützen. Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Lernschwierigkeiten könnten von digitalen Hilfsmitteln profitieren.

Die Förderung der digitalen Fähigkeiten ist in der heutigen Gesellschaft von großer Bedeutung. Die Entscheidung, digitale Mitschriften zu ermöglichen, würde auf die Anforderungen der modernen Welt vorbereiten.

Forderungen:

- Möglichkeit, ab der 9. Schulstufe frei entscheiden zu dürfen, ob die Mitschrift vom Unterricht digital (z.B. mit Laptop/Tablet), oder analog erfolgt

19. Die LSV ist es wert gehört zu werden!

Antrag von: Mika Moser, Erg Donaustadt
Farah Denno, Fichtnergasse

Die Landesschüler_innenvertretung (LSV) ist das gewählte Organ zur Vertretung von über 250.000 Schüler_innen in Wien. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass diese Vertretungsarbeit stark eingeschränkt ist. Zwar diskutieren und erarbeiten wir Forderungen, doch reale Mitbestimmung und tatsächliche Veränderungen bleiben oft aus.

Ein zentrales Problem ist die strukturelle Belastung der Mitglieder: Alle Vertreter_innen besuchen selbst noch die Schule und müssen LSV-Arbeit mit einem ohnehin vollen Schulalltag vereinbaren. Gleichzeitig sind die Handlungsmöglichkeiten der LSV begrenzt – etwa durch bürokratische Hürden bei der Nutzung des Budgets, das aktuell nur bei bestimmten Anbietern verwendet werden darf und somit kaum flexibel für politische Arbeit eingesetzt werden kann.

Es ist schön wenn wir euch von Billa eine Jause kaufen können, tatsächliche Vertretung ist es jedoch nicht!

Auch auf politischer Ebene ist die Einflussnahme stark eingeschränkt. Obwohl es in Wien gelungen ist, das Schüler_innenparlament (SIP) gesetzlich zu verankern, stehen der LSV lediglich zehn Minuten pro Jahr zur Verfügung, um die Anliegen hunderttausender Schüler_innen im Bildungsausschuss zu präsentieren. Eine tatsächliche Einbindung in Entscheidungsprozesse findet kaum statt.

Auf Bundesebene verschärft sich dieses Problem weiter: Die Bundesschüler_innenvertretung (BSV) arbeitet themenbezogen, wodurch zentrale Forderungen einzelner Bundesländer – wie jene der Wiener Schüler_innen – oft nicht eingebracht werden können. Dies führt dazu, dass ein großer Teil der Schüler_inneninteressen nicht ausreichend auf nationaler Ebene vertreten wird.

Um echte Mitbestimmung zu ermöglichen und die LSV als demokratisches Organ zu stärken, braucht es daher grundlegende Reformen.

Forderungen:

- Reform des LSV-Budgets, um eine flexible und sinnvolle Verwendung für politische Arbeit zu ermöglichen
- Ausweitung der Kandidaturmöglichkeit auf die 8. Klasse, um mehr Schüler:innen politische Beteiligung zu ermöglichen
- Bundesweite Verankerung des Schüler:innenparlaments (SIP) als gesetzliches Mitbestimmungsgremium
- Verpflichtendes Anhörungsrecht der LSV bei bildungspolitischen Entscheidungen, die Schüler:innen betreffen
- Verankerung der LSV und bildungspolitischer Mitbestimmung im Lehrplan, um politische Bildung zu stärken

20. Vereinheitlichung der Matura und Leistungsbeurteilung an österreichischen Schulen

Antrag von: Alemina Dzelili - IBC Hetzendorf
Amna Amiri - BAfEP8

In Österreich bestehen nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Schulformen wie AHS und BMHS (z. B. HAK, HTL), insbesondere im Hinblick auf die Matura, die Leistungsbeurteilung sowie die Prüfungsbedingungen.

Trotz der Einführung der Zentralmatura ist eine tatsächliche Vereinheitlichung in der Praxis nicht vollständig gegeben. Unterschiede zeigen sich beispielsweise bei den erlaubten Hilfsmitteln, der Durchführung schriftlicher Prüfungen – ob digital oder handschriftlich –, der Bewertung sowie bei den Anforderungen und der Gewichtung von Abschlussarbeiten wie der vorwissenschaftlichen Arbeit oder der Diplomarbeit.

Diese unterschiedlichen Rahmenbedingungen führen dazu, dass Schüler*innen trotz desselben Abschlusses nicht unter vergleichbaren Voraussetzungen geprüft werden. Dadurch entsteht eine strukturelle Ungleichbehandlung, die sich negativ auf die Chancengleichheit im weiteren Bildungs- und Berufsweg auswirken kann.

Ein modernes und gerechtes Bildungssystem muss jedoch sicherstellen, dass alle Schüler*innen unabhängig von ihrer Schulform unter gleichen Bedingungen ihre Matura absolvieren und somit faire und vergleichbare Ausgangssituationen haben.

Forderungen:

- Einheitliche Zentralmatura für alle Schulformen
- Gleiche Prüfungsbedingungen und Hilfsmittel
- Digitale Durchführung der schriftlichen Matura für alle
- Einheitliche und transparente Bewertung sowie vergleichbare Abschlussarbeiten

21. Ethikunterricht für alle Schüler*innen der Oberstufe — und Beibehaltung des Religionsunterrichts

Antrag von: Theresa Bröderbauer, Sigmund-Freud-Gymnasium
Mona Farahat, Ella-Lingens-Gymnasium
Alemina Dzelili, IBC Hetzendorf
Yara Alnahhas, AHS Knöllgasse
Ward Ramadan, AHS Anton-Krieger-Gasse
Mika Moser, ERG Donaustadt
Georg Lehinger, GRG7

Der Ethikunterricht bietet eine wichtige Möglichkeit, sich mit grundlegenden moralischen und gesellschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen, die uns alle betreffen — unabhängig von religiösen oder persönlichen Überzeugungen. Die Einführung eines verpflichtenden Ethikunterrichts für alle Oberstufenschüler*innen ist eine notwendige Maßnahme, um allen die Möglichkeit zu geben, eigene ethische Standpunkte zu entwickeln und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Der Antrag fordert eine gleichwertige Anerkennung des Ethikunterrichts neben dem Religionsunterricht, der weiterhin als freiwilliges Wahlfach bestehen bleibt.

Forderungen:

- Verpflichtender Ethikunterricht für alle Schüler*innen der Oberstufe, unabhängig von der Teilnahme am Religionsunterricht.
- Beibehaltung des Religionsunterrichts als freiwilliges Wahlfach für Interessierte.
- Ethik als eigenständiges, gleichwertiges Fach, das in allen Oberstufen verpflichtend ist, mit Themen wie Moral, Werte, soziale Verantwortung und aktuelle gesellschaftliche Fragestellungen.

22. Respekt schafft Sicherheit und stärkt das Miteinander an Schulen

Antrag von: Amna Aamir, BAFEP8

Schule soll ein Ort sein, an dem sich alle SchülerInnen sicher, respektiert und akzeptiert fühlen können unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, Aussehen oder persönlichen Lebensrealitäten. Dennoch erleben viele SchülerInnen im Schulalltag Diskriminierung, Ausgrenzung oder Mobbing. Oft bleiben solche Vorfälle unbeachtet oder werden aus Angst vor Konsequenzen nicht gemeldet.

Ein respektvolles und sicheres Schulklima ist die Grundlage für erfolgreiches Lernen, persönliche Entwicklung und ein starkes Gemeinschaftsgefühl. Deshalb braucht es gezielte Maßnahmen, die nicht nur auf akute Vorfälle reagieren, sondern präventiv wirken und nachhaltig das Bewusstsein für Respekt, Vielfalt und Zivilcourage stärken.

Schulen tragen die Verantwortung, klare Strukturen zu schaffen, in denen Diskriminierung keinen Platz hat und Betroffene ernst genommen sowie geschützt werden. Gleichzeitig müssen SchülerInnen und Lehrpersonen gleichermaßen sensibilisiert und unterstützt werden, um aktiv zu einem respektvollen Miteinander beizutragen.

Forderungen:

- Einrichtung von anonymen Meldestellen an Schulen, damit Diskriminierung und Mobbing ohne Angst vor negativen Konsequenzen gemeldet werden können
- Einführung verpflichtender Anti Mobbing Programme und Präventionskonzepte im Schulalltag
- Regelmäßige Workshops zu Themen wie Diskriminierung, Rassismus, Sexismus und Zivilcourage für alle Schulstufen
- Klare und transparente Konsequenzen bei diskriminierendem Verhalten
- Verpflichtende Schulungen für Lehrpersonen im Umgang mit Diskriminierung und Konflikten
- Ausbau von Peer to Peer Projekten, bei denen SchülerInnen aktiv zur Unterstützung und Vermittlung beitragen
- Einführung von unabhängigen VertrauenslehrerInnen, die nicht direkt an die Direktion gebunden sind
- Einsetzung von Diversitätsbeauftragten an Schulen als Ansprechpersonen für Gleichstellung und Inklusion
- Schaffung von geschützten Räumen für betroffene SchülerInnen, in denen sie Unterstützung und Austausch finden können
- Entwicklung und klare Kommunikation von Anti Diskriminierungsregeln, die für die gesamte Schulgemeinschaft verbindlich gelten

23. Schulsport an die Interessen der Schülerinnen und Schüler anpassen

Antrag von: Mert Efe Acar Albenov, BS ETM

So wie geistige Ertüchtigung gehört auch gezielte sportliche Betätigung zu einer verantwortungsvollen Persönlichkeitsbildung innerhalb des Schulunterrichts. Das Schulfach „Bewegung und Sport“ sollte Schülerinnen und Schülern dabei helfen, einen gesunden Bezug zum Sport zu entwickeln – tut dies aber mehr schlecht als recht.

Mit 2 – 4 verpflichtenden Schulstunden pro Woche in der weiterführenden Schule, wo sowieso jede Woche viele Minuten mit Vor- und Nachbereitung verloren gehen, ist der Unterricht im Vergleich zu den „Sitz-Fächern“ zu kurz. Zusätzlich möchte man sich im Unterricht nicht auspowern, da man danach meist noch ein anderes Fach hat und man nicht komplett verschwitzt in die Klasse gehen möchte.

Und gerade für Schülerinnen und Schüler, die am Nachmittag im Fitness-Studio ihrer Leidenschaft nachgehen oder in einer Kampfmannschaft spielen, ist der Turnunterricht besonders ungeschickt. Sport findet meist am Nachmittag, wo oft auch Trainings sind, statt – so findet man sich in einem Dilemma wieder. Entweder schwänzt man den Unterricht und riskiert die eigene Zeugnisnote und Sympathie bei der Lehrperson oder man verpasst wichtige Trainingseinheiten. So können Schülerinnen und Schüler nicht effizient im Fitnessstudio trainieren, da sie vom Unterricht erschöpft sind und verlieren im Vergleich zu ihren Kameradinnen und Kameraden wichtige Trainings im Verein.

Deshalb gehört der Sportunterricht endlich angepasst, damit alle Schülerinnen und Schüler aktiv beim Unterricht mitmachen oder sich freistellen können, um ihrer Leidenschaft gezielt nachgehen zu können.

Forderungen:

- Freistellung für den Sportunterricht bei besonderer Wichtigkeit in der Mannschaft eines Sportvereins.
- Freistellung für den Sportunterricht bei Mitgliedschaft in einem Fitness-Studio. Dies bei nachweislich regelmäßigem Besuch, der über die Stundenanzahl des regulären Sportunterrichts hinausgeht.
- Sportunterricht, wenn möglich, als letztes Fach des Schultages.
- Verstärkte Förderung von individuellen sportlichen Interessen durch unverbindliche Übungen und Landeswettbewerbe.

24. Bildung über Finanzen: Eine Investition in die Zukunft

Antrag von: Romeo Batia, ZPC

Hannah Concin, Theresianum

Filip Glück, Tourismus Schulen Modul

Diego Wintesperger, Tourismus Schulen Modul

In der Zeit nach Corona, in der über staatliche Förderungen und die hohe Inflation diskutiert wird, ist eine gute Wirtschafts- und Finanzbildung umso wichtiger. Es kann nicht sein, dass in ganz Österreich Experten über die Zukunft der Wirtschaft debattieren und in den Schulen Stillschweigen herrscht. Es ist von zentraler Bedeutung, dass alle Schüler:innen die Instrumente und das Wissen mit auf den Weg bekommen, um ein finanziell mündiges Leben führen zu können. Nur wer sich in unserem Wirtschafts- und Finanzsystem auskennt, kann mündige Entscheidungen treffen. Diese so wichtige Bildung dürfen wir nicht ausschließlich Banken und Unternehmen überlassen, die natürlich auch ein Eigeninteresse haben. Schon jetzt werden seitens des Bildungsministeriums Schritte in die richtige Richtung gemacht, dennoch muss hier Druck ausgeübt werden, um den Prozess zu beschleunigen, aber auch Input seitens der Schüler:innen zu liefern.

Zu einer guten Wirtschafts- und Finanzbildung gehört einerseits das mikroökonomische und andererseits das makroökonomische Verständnis. Es soll nicht an den Banken liegen, Kredite, Zinsen usw. zu erklären.

Es ist aber mindestens genauso wichtig, Wirtschaftssysteme zu verstehen, um sich eine Meinung bilden zu können. Hier muss vermehrt schon in der Pflichtschule angesetzt werden, im Rahmen des Geographie und Wirtschaftskunde Unterrichts, damit auch Menschen mit Pflichtschulabschluss ein Gefühl für Geld und die Mechanismen unserer Wirtschaft bekommen. Darüber hinaus braucht es, um mehr in die Tiefe gehen zu können, ein eigenes Fach „Wirtschafts- und Finanzbildung“ in der Sekundarstufe II, sollte es noch kein ähnliches Fach in der Schule geben.

Neben klassischen Begriffen und Systemen soll auch gelernt werden, wie man verantwortungsvoll mit Geld umgeht. Dabei spielen die richtigen Tools zur Meisterung von wirtschaftlichen Herausforderungen und das Planen eines Haushaltsbudgets natürlich mit. Genauso wichtig zu lernen ist aber auch, dass Geld nicht mehr sondern oft weniger wird, wenn es auf der Bank liegt. Deshalb müssen die Chancen, aber auch Risiken der verschiedenen Anlagemöglichkeiten eine Rolle spielen. Um risikolos mit dem Finanzsystem in Kontakt zu kommen, soll es Schüler:innen ermöglicht werden, gemeinsam an Börsenspielen teilzunehmen. Was jedoch auch thematisiert werden muss, ist die Rolle von Aktien und anderen Anlagemöglichkeiten bei der privaten Pensionsvorsorge, denn die Schüler:innen müssen jetzt schon darauf vorbereitet werden, dass sie ihre Pensionsvorsorge womöglich selbst in die Hand nehmen müssen.

Forderungen:

- Wir fordern, dass schon in der Pflichtschule im Fach „Geographie und Wirtschaftskunde“ ein grundlegendes Verständnis sowohl für mikroökonomische als auch makroökonomische Zusammenhänge gelehrt wird.
- Wir fordern in der Sekundarstufe II die Einführung des Fachs „Wirtschafts- und Finanzkunde“, sollte es nicht bereits ähnliche Fächer geben.
- Wir fordern die verstärkte Thematisierung von Tools zur Meisterung wirtschaftlicher Herausforderungen (Verträge, Bankwesen, Steuern, Insolvenz, Förderungen, usw.), der Planung eines Haushaltsbudgets, Anlagemöglichkeiten und privater Pensionsvorsorge.
- Wir fordern die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Börsenspiel im Rahmen des Unterrichts.
- Wir fordern, dass sich die LSV aktiv an dem Prozess der Implementierung von Wirtschafts- und Finanzbildung in der Schule beteiligt.

25. Zentralmatura zentral machen

Antrag von: Farbod Sharifi, AHS Heustadelgasse,
Lenny Fürst, AHS Heustadelgasse
Mika Moser- Erg donaustadt

Die Zentralmatura soll für faire und vergleichbare Bedingungen sorgen. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass sie ihrem Namen nur teilweise gerecht wird. Während Inhalte und Aufgaben zentral vorgegeben sind, fehlt es an einer zeitgemäßen und einheitlichen Umsetzung – insbesondere im Bereich der Digitalisierung.

Der Schulalltag vieler Schüler:innen ist bereits digital geprägt: Aufgaben werden am Laptop erledigt, Programme wie GeoGebra oder Grafiktaschenrechner sind fixer Bestandteil des Unterrichts und Texte werden digital verfasst.

Doch die Zentralmatura ist nicht zentral, wenn die einen ihren Laptop und die anderen den Taschenrechner verwenden dürfen.

Dies führt zu einem Widerspruch zwischen Schulen und Prüfungssituation. Schüler:innen müssen sich für eine der wichtigsten Prüfungen ihres Lebens auf unterschiedliche Hilfswerke einstellen. Dadurch entstehen unnötige Hürden, die nichts mit den eigentlichen zentralen Matura zu tun haben.

Eine moderne Zentralmatura muss daher auch digital gedacht werden. Ziel muss es sein, Prüfungsformate an einander anzupassen und faire, zeitgemäße Bedingungen für alle Schüler:innen zu schaffen.

Forderungen:

- Die Mathematik-Matura soll vollständig digital unter Verwendung von GeoGebra durchgeführt werden
- Die Deutsch-Matura soll verpflichtend am Laptop geschrieben werden
- Es soll erlaubt sein, im Unterricht digital mitzuarbeiten



26. SchülerInnen haben Rechte, aber auch Pflichten

Antrag von: Hannes Adalature, HLW19

Wenn wir täglich als rund 250.000 Schülerinnen – unabhängig von Alter oder Schulstufe – in die Schule gehen, wird uns von Anfang an vor allem eines vermittelt: unsere Pflichten. Eltern, Lehrkräfte und Schulleitung erklären und betonen, welche Regeln wir einzuhalten haben und was von uns erwartet wird.

Was dabei jedoch häufig zu kurz kommt, ist ein ebenso wichtiger Aspekt: unsere Rechte. Da wir keine Juristinnen sind, können wir das gesamte Schulunterrichtsgesetz nicht im Detail kennen. Stattdessen sind wir darauf angewiesen, dass Autoritätspersonen wie Lehrkräfte oder die Schulleitung uns die Inhalte richtig vermitteln. Dabei bleibt oft unklar, welche Möglichkeiten wir haben, uns gegen ungerechte Behandlung, Diskriminierung oder Fehlverhalten zu wehren.

Zwar gibt es an allen Schulen eine Schülerversammlung, die sich mit solchen Anliegen beschäftigt. Allerdings handelt es sich dabei ebenfalls nicht um ausgebildete Rechtsexpertinnen, die das Schulunterrichtsgesetz vollständig und im Detail kennen. Dieses umfasst in ausgedruckter Form rund 52 A4-Seiten und ist entsprechend komplex.

Aus diesem Grund fordern wir die Einrichtung einer eigenen Rechtsabteilung in der Bildungsdirektion. An diese sollen sich Schülerinnen bei rechtlichen Fragen oder Problemen wenden können. Eine solche Stelle könnte fachkundige Beratung bieten und in Konfliktfällen unterstützend vermitteln.

Gerade bei schwerwiegenden Maßnahmen wie Ausschlussverfahren besteht bereits jetzt das Recht, rechtliche Beratung oder Vertretung in Anspruch zu nehmen. Umso wichtiger ist es, dass es eine niederschwellige und speziell auf Schülerinnen ausgerichtete Anlaufstelle gibt.

Vergleichbare Angebote existieren bereits in anderen Bereichen, etwa in Interessenvertretungen wie der Österreichischen Hochschülerinnenschaft oder der Arbeiterkammer. Daher ist es längst an der Zeit, auch im Schulbereich eine entsprechende Unterstützung zu schaffen.

Schüler*innen sollen nicht nur ihre Pflichten kennen, sondern auch ihre Rechte verstehen – und vor allem die Möglichkeit haben, diese wirksam wahrzunehmen und durchzusetzen.

Forderungen:

- Einführung einer Schulrechtsabteilung an der sich Schülerinnen wenden können.
- Einführung einer Schüler Anwaltschaft an der sie sich bei Problemen oder Rechtsfragen wenden können

27. Zivilcourage, sichere Anlaufstellen und Gewaltprävention – Für ein respektvolles und sicheres Schulklima

Antrag von: Theresa Bröderbauer, Sigmund-Freud-Gymnasium
Mona Farahat, Ella-Lingens-Gymnasium
Alemina Dzelili, IBC Hetzendorf
Yara Alnahhas, AHS Knöllgasse
Ward Ramadan, AHS Anton-Krieger-Gasse
Mika Moser, ERG Donaustadt
Georg Lehinger, GRG7

Ein respektvolles und sicheres Schulklima ist die Grundlage für das Wohlbefinden und den Erfolg aller Schülerinnen und Schüler. Mobbing, Grenzverletzungen und Konflikte beeinträchtigen nicht nur das persönliche Wohlbefinden, sondern auch das Lernen. Der Antrag fordert Maßnahmen zur Förderung von Zivilcourage, sicheren Anlaufstellen und der Unterstützung durch Peer-Mediatoren, um eine respektvolle, unterstützende und sichere Schumatmosphäre zu schaffen.

Forderungen:

- Regelmäßige Workshops zur Deeskalation, Konfliktbewältigung und Unterstützung von Betroffenen.
- Einrichtung einer anonymen Meldestelle, um Mobbing und Grenzverletzungen sicher und ohne Angst vor Konsequenzen zu melden.
- Unterstützung und Ausbau von Peer-Mediatoren, die bei Konflikten vermitteln und das Gemeinschaftsgefühl stärken.

28. Gemeinschaft, die (Spitzen)Klasse ist!

Antrag von: Laura Grebner, ORG Komensky

In einer idealen Klassengemeinschaft sollten sich die Schülerinnen und Schüler gegenseitig unterstützen und untereinander verstehen. Genau diese Bindung kann durch eine Stunde gemeinsam mit dem Klassenvorstand erreicht werden.

Doch nicht nur die Beziehung zwischen den Einzelnen in der Klasse profitiert davon. Nein, auch die Beziehung zu den Lehrkräften. Dadurch, dass einmal pro Woche ein konstruktiver Austausch mit dem Lehrkörper stattfinden kann, haben alle Lehrkräfte automatisch einen besseren Einblick in das Leben von uns Schüler:innen.

Wenn Probleme, wie Überlastung und unfaire Behandlung auftreten, sollte der Klassenvorstand aufgesucht werden, da er/sie eine andere Beziehung zu den Lehrkräften hat und somit die Probleme der Klasse darstellen kann. Manchmal braucht es Zeit, bis man einer Lehrperson vertraut, und genau deshalb gehört diese Vertrauensbasis von der ersten bis in die letzte Klasse gestärkt.

Die normalen Unterrichtseinheiten vieler Klassenvorstände leiden unter ihrer Rolle. Egal ob das administrative Aufgaben, Informationsaustausch oder das Schlichten von Streit ist. Wird dafür aber eine extra Stunde verwendet, muss der eigentliche Unterricht des Professors bzw. der Professorin nicht darunter leiden. Besonders gut bieten sich Randstunden an, um den Schüler:innen den Ein- oder Ausstieg des Tages zumindest einmal in der Woche zu verschönern und die Zeit, in der Jugendliche tendenziell am „Lernunwilligsten“ sind, trotzdem produktiv zu nutzen.

Forderungen:

- Die Einführung von einer Klassenvorstandsstunde pro Woche, ab der Sekundarstufe I.



29. Mehr Mitbestimmung an Schulen

Antrag von: Mika Moser- Erg Donaustadt

In der Schule lernen wir, wie Demokratie funktioniert – und sie beginnt auch genau hier. Wie in einer Demokratie wählen wir unsere Vertreter:innen, an die wir unsere Anliegen herantragen können, mit dem Ziel, Probleme zu lösen und unsere Interessen zu vertreten.

In der Praxis zeigt sich jedoch, dass diese Form der Mitbestimmung oft an ihre Grenzen stößt. Schulsprecher:innen sind selbst Schüler:innen und verfügen nur über begrenzte Zeit und Ressourcen. Zudem können sie nicht immer alle Perspektiven der gesamten Schülerschaft abbilden oder jede einzelne Problemlage ausreichend berücksichtigen.

Es stellt sich daher die Frage: Wohin können sich Schüler:innen wenden, wenn ihre Anliegen nicht gehört werden – weder von der Schülersvertretung noch von der Schulleitung? Und was passiert, wenn es an Wissen oder Möglichkeiten fehlt, um Probleme selbstständig zu lösen?

Um echte Mitbestimmung zu ermöglichen, braucht es daher eine zusätzliche Plattform: ein schulinternes Schüler:innenparlament. Dieses soll ähnlich wie das Schüler:innenparlament auf Landesebene funktionieren und allen Schüler:innen die Möglichkeit geben, ihre Anliegen direkt einzubringen, gemeinsam zu diskutieren und darüber abzustimmen.

Ein solches Format stärkt nicht nur die demokratische Kultur an Schulen, sondern ermöglicht auch einen direkten Austausch zwischen Schülerschaft und Schülersvertretung. Gleichzeitig wird die Schülersvertretung entlastet, da sie Anliegen nicht mehr ausschließlich indirekt über einzelne Vertreter:innen sammeln muss, sondern strukturiert aus der gesamten Schülerschaft heraus erhält.

Forderungen:

- Die Schülersvertretung soll mindestens einmal pro Semester ein schulinternes Schüler:innenparlament (SIP) einberufen
- Die Durchführung soll organisatorisch durch Direktion und Lehrpersonal unterstützt werden
- Die Schulleitung sowie der Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) sollen sich verpflichtend mit den positiv abgestimmten Anliegen auseinandersetzen

30. Sprachvielfalt an Schulen

Antrag von: Niklas Sieberer, Hertha Firnberg Schulen

In Wien gibt es über 400 Schulen – und 5.000x so viele Schülerinnen und Schüler. Fast 50% davon sprechen zuhause eine andere Sprache als Deutsch, aber in fast 100% aller Schulen ist die Sprache, die im Unterricht als Fremdsprache gelehrt wird, keine, die zuhause gesprochen wird. In österreichischen Schulen spricht man im Unterricht – nach Deutsch - Französisch, Spanisch und Englisch – in der Pause – nach Deutsch – aber Türkisch, Arabisch und Serbisch.

Österreichs Schülerinnen und Schüler sind vielfältig, Österreichs Schulen sind es auch – wieso also nicht auch die Sprachen, die wir lernen? Wieso lernen wir weder Türkisch, Arabisch, noch Serbisch? Wie können wir von Vielfalt sprechen, wenn das Wort für Vielfalt in fast allen Fremdsprachen, die wir in fast allen Schulen lernen, fast dasselbe ist – diversity, diversité, diversidad?

Wenn wir Sprachen in der Schule lernen, um die Sprachenvielfalt unserer Schülerinnen zu fördern, sollten wir diese Vielfalt vielleicht auch in unserem Sprachenangebot bieten.

Forderungen:

- Aktive Unterstützung (etwa Anstellung und Ausbildung qualifizierter Lehrkräfte) und Erweiterung des Fremdsprachenangebots in AHS & BHS weit über den klassischen Fremdsprachenkanon (Französisch, Spanisch, Italienisch) hinweg
- Konkrete Förderung Erstsprachen migrantischer Schüler nicht nur im Rahmen von erstsprachlichem Unterricht, sondern auch als reguläre Fremdsprache für alle, etwa Türkisch, Arabisch, Serbisch, um nicht nur Schülerinnen mit Migrationshintergrund ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zu geben, sondern auch den Horizont von Schülerinnen und Schülern aller Erstsprachen zu erweitern.

31. Geschichte gerecht gestalten

Antrag von: Mika Moser, Erg-donaustadt

Wie viele Weibliche Künstlerinnen kennst du?

Wie viele Wissenschaftlerinnen kannst du nennen?

Dass es wenige Antworten auf diese Frage gibt, liegt nicht an einer Person selbst, sondern an den vielen Strukturen, die es Frauen unmöglich gemacht haben, gehört, beachtet und gesehen zu werden.

Der Geschichtsunterricht an Schulen konzentriert sich oft auf große politische Ereignisse, Kriege und die Errungenschaften männlicher Protagonisten. Die Rolle von Frauen in der Geschichte und die systematische Unterdrückung, der sie ausgesetzt waren, werden dabei weitgehend vernachlässigt. Dies führt dazu, dass Schüler:innen ein verzerrtes Bild von Geschichte vermittelt bekommen, in dem wichtige gesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse kaum sichtbar sind.

Die historische Unterdrückung von Frauen zeigt sich in vielfältigen Formen: rechtliche Diskriminierung, Ausschluss von Bildung und politischen Entscheidungsprozessen, wirtschaftliche Abhängigkeit und gesellschaftliche Normen, die Frauen systematisch benachteiligten. Diese Mechanismen wirken bis heute nach und beeinflussen unsere Gesellschaft.

Ein Geschichtsunterricht, der diese Aspekte ignoriert, versäumt nicht nur, junge Menschen umfassend aufzuklären, sondern trägt auch dazu bei, bestehende Ungleichheiten zu reproduzieren. Die Integration dieses Themas ist essenziell, um ein Bewusstsein für Geschlechtergerechtigkeit und die Überwindung historischer Ungleichheiten zu schaffen.

Forderungen:

- Weiterbildung für Lehrpersonal über die Marginalisierung von Frauen
- Einbeziehung von „der Geschichte der Frau“ in den Standard-Lehrplan

32. Abschlussarbeit zu teuer!

Antrag von: Sara Timmerman, KunstModeDesign Herbststrasse

Mit der Maturazeit kommt auch die Zeit von Diplomarbeiten und anderen Abschließenden Arbeiten: Das heißt für viele Personen allerdings nicht nur ein enormer Zeitaufwand, sondern auch eine Unmenge an zusätzlichen Kosten. Besonders im BMHS-Bereich gibt es viele Schüler*innen, die zusätzlich zur Arbeit einen Prototyp erstellen müssen.

Während das Erstellen eines Prototyps unglaublich interessant und lehrreich sein kann, gibt es einen bestimmten anderen Aspekt, der die Abschließende Arbeit oder Diplomarbeit erschwert: Das Drucken, oder viel häufiger die Bindung.

Momentan wird von Schule zu Schule geregelt, wie eine Diplomarbeit oder Abschließende Arbeit gebunden werden muss, zu viele Schulen entscheiden sich hier dafür, dass beide Versionen mit einer geprägten Hardcover-Bindung abgegeben werden müssen. Das Problem daran: Hardcover-Bindungen sind unglaublich teuer! Im Durchschnitt kostet das 40 € pro gebundene Ausgabe, wenn nicht mehr. Außerdem dauert das Binden oft länger, wodurch viele Schüler*innen einen enormen Zeitdruck haben! Noch dazu kommt, dass das ganze absolut nicht umweltfreundlich ist, da wesentlich mehr Ressourcen genutzt werden, als notwendig wäre (Die meisten Hardcovers bestehen aus Kunststoff).

Ein anderer Punkt ist der Fakt, dass in manchen Fällen die Abschließende Arbeit oder Diplomarbeit zusätzlich zu den zwei gebundenen Ausgaben auf einem USB-Stick abgegeben werden muss: Und das, obwohl die Arbeit sowieso digital auf dem ABA-Portal abgegeben werden muss.

Das Ganze ist nicht nur teuer, sondern verschwenderisch dafür, dass eine der Ausgaben sowieso nur eine bestimmte Zeit in der Schule aufgehoben und danach entsorgt wird.

Forderungen:

- Standardisieren der Vorgaben für das Drucken von Abschließenden Arbeiten und Diplomarbeiten, inklusive Bindung
- Zusätzliche Abgabe der Abschließenden Arbeiten und Diplomarbeiten auf USB-Stick soll nicht verpflichtend sein
- Mindestens eine der zwei Ausgaben darf nicht verpflichtend Hardcover-gebunden sein (Alternative: Ringbindung oder Softcover-Bindung)

33. Modulares Schulsystem

Antrag von: Yara Alnahhas (pRG11)

Viele SchülerInnen müssen Fächer lernen, die sie nicht interessieren. Das führt oft zu schlechteren Noten und dazu, dass manche sogar Klassen wiederholen - nicht wegen fehlender Fähigkeiten, sondern wegen fehlender Motivation.

Ein modulares Schulsystem würde das ändern:
Neben wenigen Pflichtfächern können SchülerInnen Module nach ihren Interessen wählen. Das steigert Motivation und Leistungen.

Außerdem sollen SchülerInnen bereits in der Schule Kurse auf Universitätsniveau belegen können, die später angerechnet werden. So spart man Zeit im Studium.

Forderungen:

- Einführung eines modularen Systems in der Oberstufe
- Mehr Wahlmöglichkeiten neben Pflichtfächern
- Universitätsnahe Kurse mit Anrechnung fürs Studium



34. Sinnvolle und moderne Handynutzung statt pauschaler Verbote in Oberstufen

Antrag von: Aviel Kaikov (ZPC)
Anastasia Ardalic (BFI Margareten)

Handys sind ein fester Bestandteil des Alltags von Schüler:innen und können, richtig eingesetzt, auch den Unterricht sinnvoll unterstützen. Pauschale Verbote oder das Einsammeln von Handys zu Beginn des Schultages sind nicht zeitgemäß und wirken eher einschränkend als pädagogisch sinnvoll. Statt den Umgang mit digitalen Geräten zu unterbinden, sollte die Schule einen verantwortungsvollen und reflektierten Umgang damit fördern. Gerade in der Oberstufe, wo Schüler:innen bereits mehr Eigenverantwortung tragen, ist ein moderner Umgang mit digitalen Medien wichtig für die Vorbereitung auf Studium und Beruf.

Forderungen:

- Erlaubnis zur Nutzung von Smartphones im Unterricht, wenn diese didaktisch sinnvoll eingesetzt werden (z. B. Recherche, Lern-Apps, digitale Werkzeuge) und von der Lehrperson erlaubt sind.
- Abschaffung von generellen Handy-Sammelmaßnahmen zu Beginn des Schultages, da diese weder die Eigenverantwortung fördern noch pädagogisch notwendig sind.
- Entwicklung schulinterner, flexibler Regelungen statt pauschaler Verbote, die gemeinsam mit Schüler:innen und Lehrpersonen erarbeitet werden und klare, aber faire Nutzungsrichtlinien für Pausen und Unterricht enthalten.



35.360° Feedback an Schulen

Antrag von: Moritz Lindner, St Ursula Wien

Tag für Tag werden wir Schülerinnen und Schüler von unseren Lehrerinnen und Lehrern benotet, umgekehrt geschieht das fast nie. Dennoch gibt es einige Lehrkräfte, bei denen ein solches Feedback aber dringend notwendig wäre.

Natürlich erfüllt man in der Unterstufe noch nicht die dafür notwendige Reife, in der Oberstufe aber schon. Um auch Lehrerinnen und Lehrern ein konstruktives, anonymes Feedback zu ermöglichen, wäre ein Lehrer:innenfeedback eine fantastische Möglichkeit, schließlich kann man sich stets verbessern und weiterbilden.

Ich denke jeder und jede von uns hat sich so eine Möglichkeit schon einmal gewünscht, weshalb ich die Einführung eines solchen Feedbacks fordere.

Forderungen:

- Einführen eines anonymen Lehrer:innenfeedbacks an Schulen, welches ab der Oberstufe, durch die Beantwortung offener Fragen die Kompetenzen der Lehrkräfte misst
- Verpflichtung der Schulleitung, mit den Lehrerinnen und Lehrern über die Ergebnisse des Feedbacks zu reden

36. Gewährleistung politischer Vielfalt und Diskursfähigkeit in LSV-Projekten

Antrag von: Enes Emre Ayer – BS: IFT Wien Längenfeldgasse

Dieser Antrag zielt darauf ab, die LSV Wien zur überparteilichen Neutralität und demokratischen Vielfalt zu verpflichten. Konkret geht es darum, dass bei Bildungs- und Diskussionsformaten (wie „Get to know Politik“) keine demokratisch legitimierten Parteien, die im Landtag oder Nationalrat sitzen, vorab ausgeschlossen werden dürfen. Ziel ist es, die politische Urteilskraft der Schüler*innen durch direkte Konfrontation und den Dialog mit dem gesamten politischen Spektrum zu stärken, anstatt durch Ausgrenzung eine künstliche Vorauswahl zu treffen.

Forderungen:

- Verpflichtende Einladung: Die LSV Wien wird dazu verpflichtet, bei allen schülerrelevanten Diskussionsformaten Vertreter*innen aller im Wiener Landtag oder im Nationalrat vertretenen Parteien einzuladen.
- Ausschlussverbot: Ein Ausschluss einzelner Fraktionen aufgrund ihrer politischen Ausrichtung ist unzulässig, sofern diese demokratisch legitimiert sind.
- Bildung durch Konfrontation: Statt Ignoranz gegenüber populistischen Strömungen setzen wir auf den direkten Dialog. Schülerinnen sollen die Möglichkeit erhalten, Politikerinnen aller Couleur kritisch zu hinterfragen, um sich eine eigene, fundierte Meinung zu bilden.
- Wahrung der Überparteilichkeit: Als gesetzliche Interessensvertretung muss die LSV Wien die Vielfalt der Schülerschaft widerspiegeln. Der Dialog mit allen gewählten Parteien verhindert eine Bevormundung der Schüler*innen und fördert die Debattenkultur.
- Stärkung der Diskursfähigkeit: Wir fordern den Mut zu harten Debatten. Nur im direkten Vergleich der Argumente lässt sich feststellen, welche politischen Akteure die besten Lösungen für die Zukunft der Schüler*innen bieten.

37.Unterlassene Hilfeleistung – auch im Bildungssystem kein Ding der Unmöglichkeit!

Antrag von: Fabian Gamperl, Ella Lingers Gymnasium

Nachhilfe ist ein Thema das viele Schüler:innen betrifft und trotzdem seit Jahren in der Bildungspolitik vergessen wird. Sie ist oft zu teuer und oft nur mittelmäßig hilfreich. Nachhilfe muss mehr sein als eine lukrative Geschäftsidee, sie muss dort helfen wo Hilfe benötigt wird.

Während es für die Volksschule und die Sekundarstufe 1 kostenlose Nachhilfe in Form der „Wiener Lernhilfe“ gibt, wirkt es so, als würde Nachhilfe für die Sekundarstufe 2 für unwichtig gehalten werden. Zusätzlich werden auch dort nur Mathematik, Englisch und Deutsch angeboten. Somit bleibt private Nachhilfe oft die einzige Möglichkeit überhaupt Nachhilfe zu erhalten. Hier gibt es unglaublich viele Anbieter aber wenig echte Qualitätssicherung und Preisleistung. Während sich Organisationen und private Anbieter in einer Preisspirale befinden und die Preise gegenseitig weiter in die Höhe treiben, steigt die Anzahl der Bedürftigen mit ähnlichem Tempo. Laut Arbeiterkammer gibt es 45.000 Schüler:innen in Österreich die Nachhilfe bräuchten, sich diese aber nicht leisten können. Auch die Stadt Wien darf hier nicht tatenlos zusehen.

Forderungen:

- Ausbau der „Wiener Lernhilfe“ auf die Sekundarstufe 2
- Die Stadt Wien soll im Zuge der „Wiener Lernhilfe“ ein breiteres und vielfältigeres Fächerangebot bereitstellen
- Verankerung von Nachhilfeangeboten an den Schulen Wiens
- Kostenlose Einführungskurse für Personen die Nachhilfe geben wollen, um so den Qualitätsstandard zu heben

38. Stimme mit Wissen!

Antrag von: Liam Kronberger, VBS Schönborngasse
Seymur Aliyev, HTL Donaustadt

Schüler:innenvertretung zu sein bedeutet Verantwortung, für viele, nicht nur für sich selbst. Doch allzu oft werden neu gewählte SV-Mitglieder buchstäblich ins kalte Wasser geworfen: keine strukturierte Einführung, keine klaren Erklärungen zu Rechten und Pflichten, keine Vorbereitung auf das, was ihre Rolle eigentlich bedeutet. Dabei sollen sie von einem Tag auf den anderen für Dutzende, manchmal Hunderte Mitschüler:innen sprechen und ihre Interessen vertreten.

Studien zur politischen Bildung zeigen, dass Jugendliche, die aktiv in demokratische Prozesse eingebunden und dabei begleitet werden, deutlich selbstwirksamer und engagierter agieren. Eine SV, die weiß, was sie tut, kann mehr bewegen, für die gesamte Schulgemeinschaft. Wer jedoch ohne Wissen und Unterstützung in ein Amt startet, verliert schnell die Motivation und das Vertrauen in die eigene Stimme.

Es liegt daher im Interesse aller Schüler:innen, aber auch der Schulen und des gesamten Bildungssystems, dass SV-Mitglieder nicht allein gelassen werden. Eine Schüler:innenvertretungsakademie bietet genau das: einen Ort, an dem neue SV-Mitglieder das nötige Handwerkszeug erhalten, um ihre Rolle wirklich ausfüllen zu können – mit Kompetenz, Selbstvertrauen und Wissen.

Forderungen:

- Bereitstellung eines strukturierten Vorbereitungsprogramms durch die LSV, das neu gewählten SV-Mitgliedern Kenntnisse und Kompetenzen für ihre Funktion vermittelt



39. Save Jugendcoaching!

Antrag von: Damla Gülacti, Modeschule Hetzendorf
Sanna Friedrich, Hertha Firnberg Schulen
Amna Aamir, Bafep8

Seit dem 1. Jänner 2026 gibt es österreichweit massive Kürzungen beim Jugendcoaching an Schulen. Besonders betroffen sind höhere Schulen (AHS, BHS, BMS), an denen Jugendcoaches bisher wichtige Unterstützung bei psychischen Belastungen, Konflikten, Lernschwierigkeiten, Berufsorientierung und persönlichen Krisen leisten.

Jugendcoaches sind oft die ersten Vertrauenspersonen für Schüler*innen außerhalb des Lehrpersonals. Sie helfen dabei, Schulabbrüche zu verhindern, Perspektiven zu schaffen und junge Menschen in schwierigen Lebenssituationen zu begleiten. Gleichzeitig entlasten sie Lehrkräfte, Schulsozialarbeit und Schulpsychologie.

Werden diese Angebote reduziert, steigen das Risiko von Orientierungslosigkeit, psychischen Krisen, Gewalt an Schulen, Bildungsungleichheit sowie Schulabbrüchen.

Besonders betroffen wären Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien, die ohne niederschwellige Hilfe schwerer Zugang zu Unterstützung finden.

Die Kampagne "Kämpft für Jugendcoaching an Österreichs Schulen!" mit beinahe 9000 Unterschriften zeigt, dass das Jugendcoaching an Anliegen Wiens Schüler:innen ist. Denn wir Schüler:innen stehen für Chancengerechtigkeit, Bildung und soziale Sicherheit.

Daher muss Wien aktiv werden, um das Jugendcoaching an Wiener Schulen zu erhalten und auszubauen.

Forderungen:

- ein Wiener Rettungspaket, um das Jugendcoaching weiter zu finanzieren und Kürzungen auszugleichen und Stellen zu sichern.
- das Jugendcoaching an allen Wiener AHS, BHS und BMS zu erhalten, direkt an den Schulstandorten.
- eine Strategie zur aktiven Bewerbung des Jugendcoaching, besonders bei psychischer Gesundheit, Berufsorientierung und Krisenhilfe.
- die LSV durch gemeinsame Treffen und regelmäßige Updates aktiv in den Arbeitsprozess einzubauen, damit das Jugendcoaching dauerhaft gesichert bleibt

40. Finanzbildung stärken

Antrag von: Nour Al Salama, Hagenmüllergasse
Johannes Köck, Schottengymnasium

Viele Schülerinnen und Schüler verlassen die AHS ohne ausreichendes Wissen über

finanzielle Grundlagen. Obwohl finanzielle Entscheidungen ein zentraler Bestandteil des täglichen Lebens sind, wird Finanzbildung im Schulalltag oft nur am Rande behandelt und ist nicht systematisch verankert.

Gerade Themen wie Steuern, Verträge, Versicherungen oder der Umgang mit Geld betreffen junge Menschen unmittelbar nach der Schule. Fehlendes Wissen in diesen Bereichen erschwert es, eigenverantwortliche Entscheidungen zu treffen und finanzielle Risiken richtig einzuschätzen.

Daher soll Finanzbildung fixer Bestandteil moderner Allgemeinbildung an AHS werden.

Forderungen:

- Finanzbildung soll in der AHS-Oberstufe verbindlich und praxisnah behandelt werden.
- Themen wie Budget, Steuern, Lohnzettel, Kredite, Schuldenfallen, Versicherungen und Investieren sollen altersgerecht vermittelt werden.
- Schulen sollen dafür neutrale Materialien und externe Workshopangebote ohne Produktwerbung nutzen können.
- Finanzbildung darf nicht vom Engagement einzelner Lehrpersonen abhängen.



41. Lehrer:innen stärken – Qualität sichern

Antrag von: Nour Al Salama, Hagenmüllergasse
Johannes Köck, Schottengymnasium

Die Qualität des Unterrichts hängt maßgeblich von gut unterstützten Lehrpersonen ab.

Gleichzeitig steigen die Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer kontinuierlich, etwa durch neue Themenbereiche und gesellschaftliche Entwicklungen.

Ohne ausreichende Unterstützung kann dies langfristig die Unterrichtsqualität beeinträchtigen.

Daher sollen Lehrpersonen gezielt gestärkt werden.

Forderungen:

- Klassenvorstände sollen bessere Unterstützung, klare Materialien und mehr Anerkennung für ihre zusätzliche Verantwortung bekommen.
- Fort- und Weiterbildungen zu KI, Medienkompetenz, Finanzbildung, Konfliktmanagement und moderner Unterrichtsgestaltung sollen ausgebaut werden.
- Schüler:innenfeedback soll konstruktiv genutzt werden, um Unterrichtsqualität weiterzuentwickeln.



42. Zukunftsorientierung vor der Matura verbessern

Antrag von: Nour Al Salama, Hagenmüllergasse
Johannes Köck, Schottengymnasium

Viele Schülerinnen und Schüler fühlen sich vor der Matura unzureichend vorbereitet auf die Zeit danach. Entscheidungen über Studium, Beruf oder andere Lebenswege müssen oft kurzfristig getroffen werden, ohne dass ausreichend Orientierung geboten wird.

Zentrale Informationen zu Bewerbungen, Aufnahmeverfahren oder Fördermöglichkeiten werden häufig zu spät oder uneinheitlich vermittelt.

Daher braucht es eine frühzeitige, strukturierte und verbindliche Zukunftsorientierung an AHS.

Forderungen:

- Studien-, Berufs- und Zukunftsorientierung soll an AHS verbindlicher und vergleichbarer werden.
- Aufnahmeverfahren, Bewerbungsfristen, Stipendien, Studienbeihilfe, Ferialjobs und Auslandsoptionen sollen klar erklärt werden.
- Alumni und junge Studierende sollen stärker eingebunden werden, weil sie realistische Erfahrungen weitergeben können.
- Zukunftsorientierung soll früher beginnen und nicht erst kurz vor der Matura passieren.



43. Alltagsrecht verständlich machen

Antrag von: Nour Al Salama, Hagenmüllergasse
Johannes Köck, Schottengymnasium

Schülerinnen und Schüler sind im Alltag regelmäßig mit rechtlichen Fragen konfrontiert, etwa bei Onlinekäufen, Nebenjobs oder im Umgang mit persönlichen Daten. Dennoch fehlt oft grundlegendes Wissen über Rechte und Pflichten.

Dies kann dazu führen, dass junge Menschen ihre Rechte nicht wahrnehmen oder rechtliche Risiken nicht erkennen.

Daher soll Alltagsrecht verständlich und praxisnah vermittelt werden.

Forderungen:

- Grundlagen zu Kaufvertrag, Gewährleistung, Konsumentenschutz und Onlinekäufen sollen verständlich vermittelt werden.
- Rechte bei Ferienjobs, Praktika und ersten Arbeitsverhältnissen sollen erklärt werden.
- Datenschutz, Bildrechte und Social Media sollen praxisnah behandelt werden.
- Schulrecht und Schülerrechte sollen einfacher zugänglich gemacht werden.



44. Eine bessere LSV

Antrag von: Mika Moser (Erg-Donaustadt)
Laurenz Repnik (Tgm)
Anselm Ginthör Weinwurm (Wenzgasse)

Die derzeitige Landesschülerinnenvertretung steht vor großen Herausforderungen, die nur gemeinsam überwunden werden können. Ein zentrales Problem stellt dabei die Verwaltung des Budgets dar. Der Zugang zum Budget der Wiener Landesschülerinnenvertretung ist derzeit stark eingeschränkt und die Verwendung der finanziellen Mittel ist nur sehr begrenzt möglich.

In anderen Bundesländern ist der Zugang deutlich flexibler gestaltet. Dort können Rechnungen vorgestreckt und im Anschluss abgerechnet werden. Zudem ist es möglich, bei unterschiedlichen Unternehmen einzukaufen, ohne an strenge Vorgaben wie die verpflichtende Nutzung von E-Rechnungen gebunden zu sein. Dieses Modell sollte auch in Wien übernommen werden, um die Handlungsfähigkeit der Landesschülerinnenvertretung nachhaltig zu stärken.

Darüber hinaus besteht weiterer Handlungsbedarf, insbesondere im Bereich des Schulrechts. Viele Schülerinnen und Schüler in Wien fühlen sich in rechtlichen Fragen oft unsicher und orientieren sich ausschließlich an den Aussagen von Lehrpersonen. Häufig entsteht dabei der Eindruck, dass eigene Handlungsmöglichkeiten nicht bestehen. Diese Annahme ist jedoch in vielen Fällen nicht zutreffend. Schülerinnen und Schüler haben Rechte und müssen in der Lage sein, diese auch zu kennen und wahrzunehmen.

Aus diesem Grund soll die Landesschülerinnenvertretung im kommenden Jahr gemeinsam an einem Schulrechtsreferat arbeiten, das als offene Anlaufstelle für alle Schülerinnen und Schüler zur Verfügung steht.

Forderungen:

- die Reformierung des Budgets der Landesschülerinnenvertretung nach Vorbildern aus anderen Bundesländern
- die Einrichtung eines Schulrechtsnotrufs zur Beratung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern in rechtlichen Fragen

45. „Sinnvoll lernen statt Stoff überladen – für einen klaren Lehrplan“

Antrag von: Maximilian Webora, HTL Rennweg

Viele Schüler*innen erleben den aktuellen Lehrplan als überladen und unübersichtlich. Neue Inhalte kommen laufend dazu, ohne dass klar ist, was wirklich wichtig ist. Dadurch entsteht oft ein Fokus auf kurzfristiges Lernen für Prüfungen statt auf nachhaltiges Verständnis.

Es fehlt Transparenz darüber, welche Inhalte für die Zukunft relevant sind. Das führt zu Frustration, Überforderung und ineffizientem Lernen im Schulalltag.

Ein klar strukturierter Lehrplan mit verständlicher Priorisierung würde Schüler*innen Orientierung geben und die Qualität des Lernens verbessern.

Forderungen:

- Klare Kennzeichnung von Kerninhalten im Lehrplan (was ist wirklich verpflichtend und zentral)
- Entwicklung eines digitalen, leicht verständlichen Lehrplan-Tools für Schüler*innen
- Stärkere Verankerung von praxisnahen und zukunftsrelevanten Kompetenzen im Unterricht



46. Wir sehen ROT bei Rassismus!

Antrag von: Alisa Gradiscevic, Erlgasse

Anselm Ginthör Weinwurm, Wenzgasse

Auch wenn wir längst im Jahr 2026 angekommen sind und man meinen könnte, dass Themen wie Toleranz, Gleichberechtigung und gegenseitiger Respekt längst selbstverständlich sein sollten, zeigt die Realität leider ein anderes Bild. Ein schulischer Alltag, der frei von Diskriminierung und Rassismus ist, ist für viele Schüler:innen noch immer keine Selbstverständlichkeit, sondern eher ein Ziel, das wir erst erreichen müssen. Zwar sind die rechtlichen Grundlagen klar geregelt und Diskriminierung ist selbstverständlich nicht erlaubt, doch Gesetze allein reichen nicht aus. Gerade die Schule ist ein zentraler Ort der Sozialisation. Hier lernen junge Menschen nicht nur Mathematik, Sprachen oder Naturwissenschaften, sondern auch, wie Zusammenleben funktioniert, wie man miteinander umgeht und welche Werte eine Gesellschaft tragen. Umso wichtiger ist es, dass genau hier ein starkes Bewusstsein für Vielfalt, Respekt und Gleichberechtigung geschaffen wird.

In der Praxis erleben viele Schüler:innen jedoch immer noch Situationen, in denen sie auf ihre Herkunft, ihr Aussehen oder andere äußere Merkmale reduziert werden. Solche Aussagen und Verhaltensweisen treten vor allem – aber nicht ausschließlich – innerhalb der Schüler:innenschaft auf. Auch im Lehrkörper ist dieses Thema noch nicht ausreichend aufgearbeitet. Latente Vorurteile und unbewusste Diskriminierung sind vielerorts nach wie vor präsent und werden oft nicht ausreichend reflektiert oder thematisiert.

Das darf nicht der Anspruch an unser Bildungssystem sein. Schule sollte ein sicherer Ort sein, an dem sich alle Schüler:innen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Aussehen oder ihrer Identität akzeptiert und respektiert fühlen können. Ein Ort, an dem Vielfalt nicht nur toleriert, sondern als Bereicherung verstanden wird.

Deshalb braucht es mehr als nur gesetzliche Regelungen: Es braucht gezielte Sensibilisierung, offene Gespräche, verpflichtende Auseinandersetzung mit diesen Themen und den klaren Willen, aktiv gegen Diskriminierung vorzugehen. Nur so können wir ein Umfeld schaffen, das wirklich inklusiv ist.

Denn eines ist klar: Das ist nicht die Schule, die wir verdienen. Wir verdienen mehr. Wir verdienen eine Schule, die von Respekt geprägt ist. Eine Schule ohne Rassismus und ohne Diskriminierung.

Forderungen:

- Wir fordern mehr Beihilfe des Landes für Schulen beim Planen und Veranstalten von Workshops, Seminaren oder Events, welche mehr Diversität, aber vor allem Toleranz und ein freies Miteinander für alle fördern.
- Wir fordern gezielte Aufklärung über Diskriminierung in Schulen, um einen respektvollen Umgang miteinander zu fördern.
- Wir fordern, dass Lehrpersonen das kritische Denken der Schüler:innen fördern und unterstützen.
- Wir fordern, dass in der Schule eine Kulturoffenheit gefördert wird durch Aufklärungsarbeit in Unterrichtsgegenständen wie zB. Geschichte und Politische Bildung, Ethik oder Religion
- Zudem fordern wir, dass es an allen Schulen einen jährlichen verpflichtend durchzuführenden Kulturtag, bei dem sich Schüler:innen freiwillig beteiligen können.
- Wir fordern außerdem verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte im Bereich Diversität und Antidiskriminierung – bei gemeldeten Vorfällen sind diese jährlich von den betroffenen Lehrpersonen zu besuchen.
- Wir fordern eine anonyme Meldestelle innerhalb der Bildungsdirektion, an welche man sich bei rassistischen, diskriminierenden sowie sexistischen Vorfällen melden kann.

47. Erasmus vereinfachen und Klassenprogramme ermöglichen

Antrag von: Sebastian Bellak, HTL Wien 10

Erasmus bietet Schülerinnen eine wichtige Möglichkeit, internationale Erfahrungen zu sammeln, neue Kulturen kennenzulernen und ihre Selbstständigkeit zu stärken. Dennoch ist der Zugang zu Erasmus-Angeboten derzeit oft mit organisatorischen Hürden verbunden, da viele Schülerinnen nicht an mangelndem Interesse, sondern an unklaren Informationen, komplizierten Abläufen und fehlender Unterstützung scheitern. Zusätzlich besteht kaum die Möglichkeit für ganze Klassen, gemeinsam an kurzfristigen Erasmus-Programmen teilzunehmen, obwohl viele Klassen – wie auch meine eigene – großes Interesse daran haben, für eine Woche ins Ausland zu reisen, um dort zu lernen und gleichzeitig das Land sowie die Kultur zu entdecken. Solche Programme fördern nicht nur fachliche Kompetenzen, sondern auch soziale Fähigkeiten, Selbstständigkeit und den Austausch zwischen Schülerinnen verschiedener Schulen und Länder.

Forderungen:

- LSV Wien soll zentrale und verständliche Informationen zu Erasmus bereitstellen und den Zugang vereinfachen.
- LSV Wien in Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion soll einwöchige Erasmus-Programme für ganze Klassen ermöglichen.
- LSV Wien soll internationale Schulpartnerschaften und Austauschprojekte aktiv fördern.
- Bildungsdirektion Wien soll sicherstellen, dass alle Schülerinnen einen fairen und einfachen Zugang zu Erasmus erhalten.

